

Sachsen und der „Prager Frühling“, hrsg. von KONSTANTIN HERMANN, Sax-Verlag, Beucha 2008. – 151 S. (ISBN: 978-3-86729-026-5, Preis: 14,50 €).

Die Rezeption des tschechoslowakischen Reformprozesses in der DDR ist insgesamt wenig erforscht, das gilt auch für das heutige Sachsen, die damaligen Bezirke Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt mit ihrer besonderen Funktion als militärisches Aufmarschgebiet. Als Truppen des Warschauer Paktes, des Militärbündnisses unter sowjetischer Führung, 1968 die unweit von Dresden verlaufende tschechische Grenze überschritten und den „Prager Frühling“ gewaltsam niederschlugen, war das auch für viele Menschen in der DDR ein Verlust an Utopie. Allerdings protestierten gegen den Einmarsch vornehmlich Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, Studenten und jene Personen, die selbst Verbindungen zum Nachbarland unterhielten. Desgleichen interessierten sich manche Arbeiter und SED-Mitglieder für das demokratische Reformexperiment tschechoslowakischer Kommunisten, ohne dass jedoch der zündende Funke übersprang. Denn zu dem Zeitpunkt waren die Dissidenten in der DDR bereits sehr vereinzelt und auf sich gestellt. Eine Absetzungsbewegung vom SED-Regime entstand nicht, prominent war Reiner Kunzes Austritt aus der SED gerade wegen der Singularität seines demonstrativen Akts. Der von Konstantin Hermann herausgegebene Band fixiert das Thema in sechs Aufsätzen und unveröffentlichten Fotos von jenem 21. August 1968 in Prag.

WOLFGANG SCHWARZ schildert unter der Überschrift „DDR und ČSSR – eine verordnete Freundschaft?“ die Grundkonstellation: die Sorge der SED-Führung angesichts der Entwicklung im Nachbarland, die dem im August 1968 vollzogenen politischen Bruch vorausging. Der Grund für die vehemente Ablehnung des Reformprozesses war die Angst der führenden SED-Funktionäre vor vergleichbarer Kritik aus ihren Reihen, da die Probleme der Nachbarn den eigenen ähnelten: Versorgungsengpässe und unzufriedene Arbeiter infolge wirtschaftlicher Fehlentwicklungen, aufbegehrende Künstler und Intellektuelle, rebellische Jugendliche. Die Erfahrungen des Aufstandes vom Juni 1953 waren in der DDR unvergessen und Anlass ständiger Sorge der Parteiführung vor neuerlichem Widerstand und vor inspirierenden Vorbildern aus der ČSSR, die Zehntausende Urlauber jährlich besuchten.

Die Spannungen zwischen ostdeutschen und tschechoslowakischen Kommunisten setzten ein mit den seit 1962 in der ČSSR verstärkt geführten Diskussionen über Fehler der Partei und mit der Rehabilitierung von Verurteilten der politischen Schauprozesse der fünfziger Jahre. Für weiterreichende Dissonanzen sorgte besonders die kulturpolitische Entwicklung. Die größere Freiheit der tschechoslowakischen Künstler und der Künste beunruhigte die führenden SED-Funktionäre, die nach Debatten mit Schriftstellern und Künstlern im Dezember 1965 auf der 11. Tagung des ZK der SED rigoros die künstlerischen Eliten in der DDR diszipliniert hatten. In der ČSSR hingegen kritisierten Václav Havel und andere Dissidenten nicht nur öffentlich die rigide Zensurpraxis, sondern auch das Versagen der Wirtschaftspolitik. Als nach der Wahl Alexander Dubčeks zum neuen Parteichef im Januar 1968 tatsächlich die Abschaffung der Zensur eine Reihe weiterer Reformvorhaben einleitete, reagierte die SED-Führung offen feindselig. Anmaßend beanspruchte Walter Ulbricht eine ideologische Vorbildfunktion der SED, das verärgerte wiederum die tschechoslowakischen Kommunisten. Schwarz verzichtet inhaltlich auf die übergeordnete Klammer „Sachsen“ und fixiert im großen Bogen die Jahre, in denen die Reformbewegung entstand, wobei er auf eigene intensive Forschungen zurückgreifen kann.¹

¹ WOLFGANG SCHWARZ, *Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR 1961–1968*, München 2004.

Thematisch zentral liegt KONSTANTIN HERMANN'S Beitrag das „Tribunal der Fünf“; die sozialistischen Parteiführungen trafen sich am 23. März 1968 im Dresdner Rathaus in der ehemaligen Bezirks- und heutigen Landeshauptstadt. Die kurzfristig einberufene Aussprache der Parteichefs der Warschauer Pakt-Staaten UdSSR, Polen, DDR, Ungarn und Bulgarien mit einer tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation hatte eigentlich zum Abbruch der Reformen führen sollen. Hermann rekonstruiert anhand einer stenographierten Protokollmitschrift die Auseinandersetzungen der Reformgegner mit den tschechoslowakischen Delegierten, deren „schwache ideologische Arbeit“ erneut namentlich Ulbricht kritisierte. Obgleich die aus Prag ange-reisten Gäste nach außen geschlossen das vorbereitete Kommuniké ablehnten, gingen die konservativen Kräfte der tschechoslowakischen Partei gestärkt aus der Dresdner Begegnung hervor. Sie fühlten sich unterstützt von der Ansicht der anderen Mitglieder des Warschauer Pakts, dass in der ČSSR die Konterrevolution ausgebrochen sei.

CHRISTIANE SCHMITT-TEICHERT beschreibt in einem Stimmungsbild aus den sächsischen Bezirken die „Hoffnung auf Veränderung“. Ihre auf Berichte der Staats-sicherheit und der SED-Parteileitungen gestützten Ausführungen belegen, dass es bisher nur möglich ist, von einer Minderheit mit dem „Prager Frühling“ sympathisierender Universitätsangehöriger und Betriebsbelegschaften, von Mitgliedern der Kirchen, der Künstler und Schüler zu sprechen. Eindrucksvoll ist jeder einzelne Fall von Aufbegehren und zivilem Ungehorsam oder des spontanen Protests und der Verurteilung der militärischen Intervention. Doch die präzise Aufzählung diverser Vergehen gegen die Partei- und Staatsräson verstärkt den Eindruck einer allgemeinen Teil-nahmslosigkeit weiter Kreise der Bevölkerung. Das tatsächliche Interesse, aus erster Hand Informationen über Inhalte und Ziele der Reformen zu erhalten, war offen-kundig gering, wie bereits damals der Wirtschaftsreformer Ota Šik und sein Mitar-beiter Juri Kosta nach der schwachen Resonanz auf ihre Vorträge in der DDR resü-mierten (S. 56). Forschungen zu diesem Fragekomplex fehlen bislang und es ist zu wünschen, dass der Ansatz von Schmitt-Teichert weiter verfolgt wird. Er verspricht differenzierte Einblicke in die gesellschaftliche Binnenstruktur der DDR des Jahres 1968, die über generalisierende Annahmen hinausgehen.

Bei dem Thema „Sachsen als militärischer Aufmarsch- und Handlungsraum von NVA und Sowjetarmee im Sommer 1968“ greift mit RÜDIGER WENZKE ein ausgewie-sener Kenner der Materie souverän auf die eigenen, umfänglichen Untersuchungen zurück.² Das Territorium des heutigen Freistaats Sachsen war nicht nur Aufmarsch-gebiet der Interventionstruppen, sondern Handlungsraum der Militäraktion, die Ende Juli 1968 unter dem Tarnnamen „Donau“ begann. NVA-Soldaten sicherten die Truppentransporte und Marschstrecken und richteten die Sperrzonen im zivilen Hinterland ein. Sie waren in so grundlegender Form in die Besetzung der ČSSR eingebunden, dass ihre Nichtbeteiligung am realen Einmarsch nachrangig ist. Die Zurücklassung der für den Einsatz jenseits des Erzgebirgskammes vorgesehenen zwei NVA-Divisionen in der Wartestellung folgte einem klugen politischen Kalkül und kann nur als mindernder Umstand des Anteils deutscher Schuld gewertet werden. Entscheidend war vielmehr, dass das „Offizierskorps der NVA in seiner übergroßen Mehrheit die Politik der SED mittrug“. Die Ergebenheit der Armeeführung äußerte sich in der Unerbittlichkeit ihres Vorgehens „gegen politische Kritik und Abweichung von der offiziellen Parteilinie“ (S. 111) unter Offizieren und Soldaten.

² RÜDIGER WENZKE, Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.

Die beiden abschließenden Aufsätze, in denen einerseits CLAUS RÖCK die Ergebnisse seiner Dissertation über die Rundfunkpropaganda zusammenfasst,³ und andererseits KONSTANTIN HERMANN die in Dresden gedruckte Zeitung „Zprávy“ fokussiert, wenden sich der propagandistischen Flankierung der Militärintervention zu. Aus Sicht der SED-Führung war die Pressefreiheit in der ČSSR ein „maßgeblicher Katalysator der Reformbewegung“ und eine „Keimzelle der ‚Konterrevolution‘“ (S. 130). Auf sächsischem Territorium beteiligte sie sich an der Organisation des ideologischen Kampfes: Die vom 30. August 1968 bis 11. Mai 1969 erschienene Zeitung „Zprávy“ wurde in Dresden gedruckt, der Geheimsender „Radio Moldau“ sendete auf der Mittelwellenfrequenz von Dresden-Wilsdruff. Doch beide Formen der Propaganda waren erfolglos in Bezug auf die eigentliche Primärzielgruppe, die tschechoslowakische Bevölkerung. Dem Radioprogramm fehlte wegen mangelnder Kenntnis der aktuellen politischen Situation jede Glaubwürdigkeit; die bis zu einer Auflagenhöhe von 350.000 kostenlos und wiederholt von Sowjetsoldaten in der ČSSR verteilten Exemplare der Zeitung (S. 146) wurden gleichfalls boykottiert und häufig ostentativ verbrannt.

Im Ausland wiederum fanden beide Medien kritische Hörer und Leser, da der ideologische Inhalt der darin verbreiteten Propaganda diese selbst als offizielle Agitation der sozialistischen Besatzer enthüllte. Die Rede einer angeblichen Abwehr von Bestrebungen, die den Frieden bedrohten, entlarvte die Unmenschlichkeit des Systems, das, wenn es um den Erhalt der Macht ging, mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen die eigene Bevölkerung handelte. Auch die Idee des demokratischen Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“ wurde dadurch unabsehbar schwer diskreditiert, so dass die fast zwanzig Jahre nach den tschechoslowakischen Ereignissen in der Sowjetunion selbst beginnenden Reformen nicht die Zustimmung erhalten konnten, die für die Realisierung notwendig gewesen wären.

Bilder des Überfalls, symbolisiert von den Panzern in den Gassen der Prager Altstadt auf den Fotografien Manfred Hermanns, der sich dort am 21. August 1968 als Tourist aufgehalten hatte, offenbarten das Ausmaß der politischen Niederlage: Gewalttätigkeit gegen das Volk, um Herrschaftsansprüche durchzusetzen, war ein Zeichen der Schwäche. So präsentiert der schmale Band neue Details neben bekannten Fakten und bringt speziell nachgeborenen Lesern die Erlebniswelt der Zeitgenossen jenes Epochenjahres in Erinnerung. Zwar hatte es auch in westlichen Industriestaaten teilweise schwere Zusammenstöße zwischen bewaffneten Sicherheitskräften der Regierungen und rebellierenden Menschen gegeben, doch nirgends wurde wie in Prag die illegitime Herrschaft einer Funktionärsclique gegen den Mehrheitswillen eines ganzen Volkes mit brutaler Gewalt aufrecht erhalten. Die militärische Niederschlagung des „Prager Frühlings“ sollte allen Bevölkerungen der Ostblockstaaten eine Warnung sein, ihnen die Stärke des Sozialismus demonstrieren und eine unvergessliche Lektion erteilen, deren politische Reichweite allerdings begrenzt war.

Dresden

Thomas Widera

³ CLAUS RÖCK, Invasion durch den Äther. Die Rundfunkpropaganda der DDR gegen die politische Reformbewegung in der ČSSR von 1968 („Prager Frühling“). Struktur, Funktion und Resonanz des Geheimsenders Radion Vltava, Diss. Universität Leipzig 2004.